



## Corona-Infektion als Dienstunfall

Polizeibeamtinnen und -beamte haben durch ihren Beruf ein erhöhtes gesundheitliches Risiko. Das liegt einerseits am Schichtdienst, welcher bekanntermaßen nicht gerade gesundheitsfördernd ist, und andererseits an den hohen psychischen Belastungen, die der Job und die damit verbundenen Einsätze oftmals mit sich bringen. Hinzu kommen die erhöhte Gefahr eines Verkehrsunfalls, da viel Zeit im Auto und auf der Straße verbracht wird, und die körperlichen Angriffe, die bei Demonstrationen und im Streifenzeindienst nicht zur Seltenheit gehören. Dabei besteht neben der Möglichkeit, durch Gewalt verletzt zu werden, ebenso das Risiko, sich mit einer Krankheit anzustecken, weil das polizeiliche Gegenüber oftmals zu nah kommt und unwissentlich oder auch wissentlich den Erreger weitergibt.

Bis zu einem gewissen Maß muss ein gesundheitliches Risiko wohl in Kauf genommen

werden, welches der Alltag in diesem Job nun einmal mit sich bringt. Dafür hat der Dienstherr gegenüber seinen Beamt\*innen auch eine besondere Fürsorgepflicht und muss das erhöhte Aufkommen an Dienstunfällen auch als solche anerkennen.

Aktuell sind Polizeibeamt\*innen aufgrund ihrer Tätigkeit einem erhöhten Infektionsrisiko mit dem Coronavirus ausgesetzt, da beispielsweise bei Demonstrationen der „Querdenker-Szene“ viele Demonstranten nicht geimpft sind. Teilweise wird eine nicht nachprüfbar Corona-Infektion auch als Druckmittel im Einsatz gegen die polizeilichen Kräfte eingesetzt, was diese natürlich zusätzlich unter Druck setzt und belastet.

Leider wurde eine Corona-Infektion vom Dienstherrn jedoch bisher nicht als Dienstunfall anerkannt. Die Beamt\*innen seien in der Be-

weispflicht dahingehend, dass die Infektion tatsächlich während des Dienstes stattgefunden hat und nicht in der Freizeit, was schwerlich nachzuweisen ist. Schon häufig wurde aus den Reihen der Polizei das Unverständnis über diese Regelung geäußert, aber auch Musterklagen brachten bisher keinen Erfolg.

Vor diesem Hintergrund forderte die DPoIG Bund kürzlich die Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als Dienstunfall bei Polizeibeamtinnen und -beamten in einem Schreiben an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU).

Um dies schnellstmöglich zu realisieren, wäre eine Ergänzung der Berufskrankheitenverordnung im Beamtenversorgungsgesetz um die Berufsgruppe „Bedienstete im Vollzugsdienst“ sowie den Krankheitserreger SARS-CoV-2 und dessen Mutatio-

nen vorzunehmen. Die Anerkennung eines Dienstunfalls oder einer Berufskrankheit ist in § 31 BeamtVG geregelt und gilt für Bund und Länder gleichermaßen.

Mit einem anderen Beispiel gehen derzeit unter anderem Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein voran. Dort wird ein einheitlicher Fragebogen zwecks Beweislast- und Haftungserleichterung genutzt, mit dessen Hilfe bereits einige Corona-Infektionen als Dienstunfall anerkannt wurden.

Die DPoIG M-V steht hinter diesem Vorstoß und befürwortet eine schnelle Umsetzung dieser Forderung als Zeichen der Wertschätzung und Anerkennung aller Polizeibeamtinnen und -beamten, die besonders in Pandemiezeiten stark belastet sind und einem noch höheren gesundheitlichen Risiko ausgesetzt sind. ■

## Ist der Nachwuchs noch fit genug?

Ein Plus von rund 400 Stellen war die Ankündigung von SPD und CDU vor fünf Jahren. Doch tatsächlich hat sich die Zahl der Polizeibeamt\*innen im Land kaum erhöht. Anfang 2021 waren von den avisierten 6 200 Stellen lediglich 5 830 besetzt. Zu hoch ist die

derzeitige Pensionswelle, so dass die entstehenden Lücken gerade mal so gestopft werden können, aber ohne den Personalkörper tatsächlich aufzubauen.

Ein weiteres Defizit entsteht schon in der Polizeiausbildung beziehungsweise -studium, da die angestrebten Zahlen an Polizeianwärter\*innen gar nicht erreicht werden. Trotz der erhöhten Einstellungszahlen an der Fachhochschule kommen am Ende nur circa 65 Prozent der Polizeischüler\*innen pro Jahrgang zur Unterstützung in den Revieren an.

Nicht nur während der Zeit an der Fachhochschule gibt es eine hohe Durchfallquote. Auch die Zahl der Bewerber\*innen, die den Einstellungstest gar nicht erst bestehen, steigt. Zuletzt haben etwa 20 Prozent den Sporttest beim zweiten Versuch nicht bestanden und mussten folglich das Einstellungsverfahren abbrechen.

Die Sportprüfungen während der Ausbildung und des Studiums wurden im Laufe der letzten Jahre bereits angepasst und die Anforderungen gesenkt. Vielleicht wird das zuständige Innenministerium zukünftig da-

rüber nachdenken, die Anforderungen hinsichtlich Fitness und Rechtsschreibfähigkeiten im Einstellungsverfahren zu senken. Ziel kann es jedoch nicht sein, die Ansprüche zu weit herunterzuschrauben und die Anforderungen an die Bewerber\*innen anzupassen. Der Polizeiberuf ist nun mal ein anspruchsvoller und fordernder Job, und wenn Motivation und Belastbarkeit bereits vor der Einstellung ausgeschöpft sind, wird es im Berufsalltag sicher nicht leichter. ■

Quelle: SVZ vom 16. September 2021

### Impressum:

Landesgeschäftsstelle  
Hollstraße 13  
18273 Güstrow,  
Tel.: 03843.682301  
Fax: 03843.682303  
www.dpolg-mv.de  
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege



## Was war? Was wird sein?

# Treffen des Kreisverbandes Mecklenburgische Seenplatte

Der KV MSE traf sich am 2. September in entspannter Atmosphäre, um sich bei Bratwurst und Getränken einfach mal wieder auszutauschen! Tagesordnung? FEHLANZEIGE – nur zwei Fragen standen im Raum! Was war und was wird sein? So kam es zu einem regen Austausch über das Erleben der Pandemie, über gute Dinge, die aus der Zeit gelernt werden können, und eben auch Sachen mit Nachbesserungsbedarf! Wie wichtig dabei eine starke Vertretung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist, wurde mehrfach deutlich! So konnte Dirk Thierbach aus der Zeit als Personalratsvorsitzender im ÖPR der PI Neubrandenburg berichten. Neben großen Erfolgen wie die Schaffung der Möglichkeit von Zwölf-Stunden-Diensten sind es vor allem die kleinen Dinge, die die Personalratsarbeit nicht immer einfach, aber spannend, herausfordernd und sinngebend machen. In die Zukunft blickend gibt es im Jahr 2022 die nächs-



© Björn Ritzmann

> Der Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte

ten Personalratswahlen – und da ist ganz klar Zeit für neue Gesichter! Dirk Thierbach und Björn Ritzmann beenden ihre Tätigkeit und schaffen damit Platz für den Nachwuchs – womit jeder angesprochen ist, der Lust hat auf konstruktive Zusammenarbeit in einem Team, das die Möglichkeit bekommt,

an allen wichtigen Themen der Organisation mitzuwirken und sich einzubringen!

Unser Geschäftsführer Marco Weber hatte noch eine kleine Überraschung für alle im Gepäck. Eine personalisierte Tasse gab es als „Einfach-mal-so-Wertschätzung“ für jedes Mit-

glied und dazu das Signal: Wir sind nicht jeden Tag präsent – aber wenn du uns brauchst stehen wir zusammen!!!

Ein toller Abend, der dringend als Serie geschaltet werden sollte ...

*Björn Ritzmann,  
Vorsitzender KV MSE*

# Die Zahl der Disziplinarverfahren steigt

Der ehemalige Innenminister Lorenz Caffier hatte es sich noch vor gut einem Jahr zur Aufgabe gemacht, die laufenden Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte in Mecklenburg-Vorpommern zu senken. Seitdem stieg die Zahl der anhängigen Verfahren von 139 auf derzeit 156, was aus der Antwort des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht. Die häufigsten Gründe für die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens seien Verstöße

gegen die Wohlverhaltenspflicht (31 Fälle), Verstöße gegen den Datenschutz (28 Fälle) und Körperverletzungen (23). Weiterhin wird den Beamt\*innen unter anderem die Verletzung von Dienstgeheimnissen, Trunkenheit im Verkehr, Arbeitszeitbetrug und Verstöße gegen die Amtsverschwiegenheit oder die politische Treuepflicht vorgeworfen. Herr Caffier forderte daher seinerzeit die Entlassung von Polizeibeamt\*innen aus dem Dienstverhältnis

per Verwaltungsakt, sprich ohne vorheriges gerichtliches Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Dieses Ansinnen legte sein Nachfolger Torsten Renz jedoch glücklicherweise zunächst auf Eis. Wenn die aktuell höhere Zahl an polizeilichen Disziplinarverfahren auch kein Grund zur Freude ist, sehen sich gerade diese Landesbediensteten nicht selten mit falschen Beschuldigungen und Racheakten konfrontiert, was unmittelbar ein langwieriges

Disziplinarverfahren nach sich zieht und nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Beamtin beziehungsweise den Beamten bis zur endgültigen Entscheidung hat. Zieht das Gericht die entsprechenden Schlüsse aus dem Verfahren, so sind die Konsequenzen zu tragen, aber bis dahin sollte jeder und jedem ein ordentliches Verfahren mit richterlicher Prüfung zustehen. ■

*Quelle: Nordkurier vom  
5. Oktober 2021*



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# Fotowettbewerb „Polizei im Einsatz“



## Auswertung

Für den **DPoIG-Jahreskalender 2022** waren wir auf der Suche nach tollen Bildern zum Thema **„Polizei im Einsatz“**.  
Unter allen Einsendungen musste sich die Redaktion entscheiden, auch wenn es schwierig war. Die Gewinner wurden bereits kontaktiert und können sich auf ihren Gewinn freuen.



1. Platz  
Denise Preuss



Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern für die Einsendungen und wünschen den Gewinnern viel Spaß mit den Preisen!

Deutsche Polizeigewerkschaft  
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern  
Hollstraße 13  
18273 Güstrow





## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Landespolizei hält die verschiedensten Aufgaben und Herausforderungen für ihre Mitarbeiter\*innen bereit. Die unterschiedlichen Erfahrungen aus dem Berufsalltag und als Mitglied der DPoIG M-V möchten wir hier gerne in Form eines Interviews mit einem Gewerkschaftsmitglied teilen.

Diesen Monat wird das Interview mit unserem Kreisverbandsvorsitzenden Björn Ritzmann geführt.

**Was hat dich auf die Idee gebracht, Polizist zu werden?**

Während der Abiturphase kreisten damals viele Gespräche um die Frage, wie es eigentlich weitergeht. Ein Studium? Erst mal zur Bundeswehr? Oder doch einen Ausbildungsberuf? Ich hatte das Glück, verschiedene Bezüge zum Polizeiberuf bei Freunden und Familie zu haben, sodass es nicht viel Zeit in Anspruch nahm, die Idee zu entwickeln. Insbesondere die vielseitigen Möglichkeiten des Polizeiberufes waren es, die mich dafür begeistert haben. Es fühlte sich an wie eine Entscheidung für

einen Weg, der am Ziel vielfältige Chancen eröffnet. Natürlich erschien es auch sehr verlockend, eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit zahlreichen Facetten aus Theorie und Praxis mit einer vergleichbar üppigen Besoldung zu bekommen.

**Welche Situationen in deiner polizeilichen Laufbahn haben dich am meisten geprägt?**

Diese Frage lässt sich nicht mit einer einzigen Situation beantworten. Wenn ich auf meine vielen Stationen im dienstlichen Werdegang blicke, dann hatte jede für sich eine prägende Wirkung. Sehr bewusst nehme ich noch heute die Prägung durch meinen ersten „Bärenführer“ im Berufspraktikum wahr, der mir ein gutes Bild über die Rolle der Polizei und ihr Handeln vermittelt hat. Deshalb finde ich es auch sehr wichtig, viel Energie in die praktischen Ausbildungs-/Studienzeiträume unserer Anwärter und Anwärterinnen zu investieren. Ansonsten ist es wie oben bereits beschrieben – jede Veränderung in der Organisation bringt dich neben neuen Aufgaben insbesondere mit

anderen Menschen zusammen – aus meiner Sicht ein Glücksfall für die persönliche Entwicklung und damit auch Prägung.

**Seit wann bist du Mitglied in der DPoIG M-V und was hat dich dazu bewogen?**

Ich bin seit 1998 Mitglied – also kurz nachdem ich als Anwärter im mittleren Dienst der Landespolizei Sachsen-Anhalt begonnen habe. Wir hatten damals eine recht neutrale Vorstellung der verschiedenen Gewerkschaften und es war für mich ein reines Abwägen der Sachargumente. Insbesondere die Zugehörigkeit zum Dachverband im Beamtenbund führte mich schlussendlich zu meiner Entscheidung für die DPoIG. Ich konnte mich damit am besten identifizieren.

**Wie bist du zu deiner aktiven Rolle in der DPoIG M-V gekommen? Welche Vorteile siehst du in der aktiven Gewerkschaftsarbeit?**

Die aktiven Rollen in der Gewerkschaft sind ein Thema, auf das ich mit großer Sorgeschau. Ich selbst bin damals

in einer großen Gemeinschaft gestartet, die sich viel Zeit nehmen konnte, mich mitzunehmen und auf meinem Weg durch die Funktionen zu begleiten. Irgendwann stand ich dann selbst in der Fachhochschule in Aschersleben und habe erklärt, warum es wichtig ist, in Gewerkschaften organisiert zu sein. Einer meiner wichtigsten Punkte hierbei ist bis heute, als Mitglied einer Gewerkschaft auf ein großes Team an Ansprechpartnern zurückgreifen zu können und existierende Netzwerke zu nutzen. Und die Zahnräder dieser Netzwerke sind die aktiven Mitglieder, deren nahtloses Ineinandergreifen eben maßgeblich von der Anzahl abhängt. Und hier begründet sich auch meine Sorge: Die beruflichen Anforderungen an jeden Einzelnen sind derart ausfüllend, dass nur wenig Energie für ein Ehrenamt übrigbleibt. Ich kann mir also nur wünschen, dass sich zukünftig wieder mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden, die sich bereit erklären, über die Grenzen des Dienstes hinaus ihr Wissen und Können für unser gemeinsames Ziel einzusetzen.

Vielen Dank für das Interview!

### > Geburtstage im November 2021

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat November geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Monat November:

**Tim Jonker**  
**Harald Kossow**  
**Karsten Roloff**

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände



© Pixabay